



Antrag

der Fraktion der FDP

Durchgehende Medien- und Demokratiebildung in der Schule

Die fortschreitende Digitalisierung und die zunehmende Relevanz von sozialen Medien haben einen erheblichen Einfluss auf das tägliche Leben der Schülerinnen und Schüler. Die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Medien sowie eine fundierte Auseinandersetzung mit Demokratiefragen sind daher für die Schülerinnen und Schüler von zentraler Bedeutung. Umso wichtiger ist es, dass die Schulen ihre Rolle als zentrale Bildungsinstitution in diesem Bereich weiter stärken und den Schülerinnen und Schülern das notwendige Werkzeug an die Hand geben, um eine informierte und verantwortungsvolle Haltung zu entwickeln.

Die Landesregierung wird daher zu folgenden Punkten aufgefordert:

1. Eine ganzheitliche Medien- und Demokratiebildung zu fördern und vor allem in den Grundschulen zu intensivieren, sodass Schülerinnen und Schüler eine umfassende und kritische Auseinandersetzung mit den Medien und deren Rolle in der Gesellschaft erlernen.
2. Eine umfassende Medienbildung in den Schulen zu etablieren, die in Zusammenarbeit mit den Eltern und regionalen Medienfachberatern bereits in den Grundschulen beginnt und besonders Themen wie Cybermobbing und Desinformation behandelt.
3. Die Auswirkungen des Lernens in einer digitalen Schulwelt auf den Unterricht herauszuarbeiten und anhand der Ergebnisse eine langfristige Neuorganisation der Stundentafel zur Ausbildung digitaler Querschnittskompetenzen zu gestalten und Fortbildungen der Lehrkräfte daran zu orientieren.
4. Die Demokratie- und Medienbildung soll als verpflichtender Teil des Unterrichts Aufnahme in die Kontingenzstundentafel finden.

Anne Riecke
und Fraktion